

Halbjährlicher Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer: 22 1/2 Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten überall nur:
26 1/4 Sgr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von H. Kirchner,
Univeritätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Kreuz-
schen Buchhandlung, Breiten-
weg No. 156.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 53.

Halle, Sonntag den 4. März
Hierzu eine Beilage.

1849.

Verzeichniß der

in der Sitzung der Stadtverordneten
am 5. März d. J. zu verhandelnden Gegenstände.

- 1) Antrag der Jagdpächter wegen theilweiser Rückgewähr des gezahlten Pachtgeldes.
- 2) Schreibmaterialien-Rechnung pro 1848.
- 3) Prolongation des Pachtcontractes über den Keller unterm Rathhause.
- 4) Acquisition eines Stückes vom botanischen Garten zur Erbauung eines Predigerhauses.
- 5) Bewilligung von Kosten für eine Kanalstrecke.
- 6) Bewilligung von Steinen und Kalk zu einer Brücke in den Pulverweiden.
- 7) Einräumung des Rathskellersaales an den Handwerkerverein.

Deutschland.

Halle, d. 4. März. Die österreichische Politik hat auf Deutschland einen so großen Einfluß, daß es wohl an der Zeit ist, einige Thatsachen schärfer ins Auge zu fassen, wäre es auch nur um die traurige Ueberzeugung zu gewinnen, daß es Oesterreich ist, welches Deutschland hindert, die Achtung gebietende Einheit einer Großmacht nach Außen und die auf breite Freiheiten gegründete Einheit einer mündigen Gesamtnation nach Innen zu verwirklichen. Es ist nicht unsre Schuld, es ist die Schuld der Thatsachen, wenn diese beweisen, daß die österreichische Politik eine doppelzüngige, intrigante und perfide ist, die sich im Wesentlichen auf eine Restauration der vormärzlichen Zustände richtet.

Am 19. April 1848 verkündigte die österreichische Regierung Folgendes: „Weit entfernt, den bevorstehenden Wahlen zum deutschen Volksparlamente eine bestimmte Richtung vorzuzeichnen oder auf dieselben Einfluß nehmen zu wollen, findet sich das Ministerium durch die bereits angeregte Frage, ob Deutschland in Zukunft ein Bundesstaat oder ein Staatenbund sein soll, veranlaßt, seine Ansicht auszusprechen: Von dem Wunsche des innigen Anschlusses an Deutschland durchdrungen wird Oesterreich jeden Anlaß freudig ergreifen, welcher seine

Anhänglichkeit an die gemeinsame deutsche Sache zu betätigen vermag. Es könnte aber nie ein gänzlicheres Aufgeben der Sonderinteressen seiner verschiedenen zum deutschen Bunde gehörigen Gebietstheile, eine unbedingte Unterordnung unter die Bundesversammlung, ein Verzicht auf die Selbstständigkeit der innern Verwaltung mit seiner befondern Stellung vereinbarlich finden, und muß sich die besondere Zustimmung zu jedem von der Bundesversammlung gefaßten Beschlusse unbedingt vorbehalten. Insofern Letzteres mit der Wesenheit eines Bundesstaates nicht vereinbarlich erkannt würde, wäre Oesterreich nicht in der Lage, einem solchen beizutreten.“

Der Sinn und Inhalt dieses amtlichen Aktenstückes der österreichischen Diplomatie ist klar wie die helle Sonne. Das Ministerium sagt: „wenn ihr einen Bundesstaat schaffen wollt, so behalte ich mir meine Zustimmung vor; ich erkläre aber, daß ich in den Bundesstaat nicht eintreten kann, wenn derselbe so eingerichtet werden sollte, daß derselbe ein gänzlicheres Aufgehen seiner Glieder und ein Verzicht auf die Selbstständigkeit der innern Verwaltung zur Bedingung für die einzelnen Theilstaaten machte. Richtet ihr dagegen euren Bundesstaat so ein, daß Mitglieder desselben nicht geradezu verschwinden, daß sie einen erheblichen Theil ihrer Souverainetät, vor Allem die Selbstständigkeit der innern Verwaltung behalten, so werde ich zum Eintritt in diesen deutschen Bundesstaat bereit sein.“

So sprach die österreichische Regierung am 19. April 1848, als sie sich kaum aus den Barrikadenstürmen gerettet und die Revolutionswellen noch um den Thron herum aufwallten.

Davon ganz verschieden ist das, was die österreichische Regierung in ihrem Programm am 27. Nov. 1848 ausspricht. Dort stehen folgende schwere Worte: „das große Werk, welches uns (die österreich. Minister) im Einverständnisse mit den Völkern obliegt, ist die Begründung eines neuen Bundes, das alle Lände und Stämme der (österreich.) Monarchie zu einem großen Staatskörper vereinigen soll. Dieser Standpunkt zeigt zugleich den Weg, den das Ministerium in der deutschen Frage befolgen wird. Nicht in dem Zerreißen der Monarchie liegt die Größe, nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands. Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches, ein

europäisches Bedürfnis. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen sehen wir der natürlichen Entwicklung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesses entgegen. **Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind,** wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen."

Hiernach erklärt Oesterreich: „ich will mich erst zu Hause einrichten und in meiner Heimath aufräumen und ordnen, um Deutschland kann ich mich nicht bekümmern; das Hemd ist mir näher als der Rock. Ihr Deutsche macht es auch so, richtet euch ein, wie ihr glaubt, daß es euch gut ist. Und wenn wir beide fertig sind, wollen wir sehen, welches die beste Verbindung ist, in die wir als Freunde und Verbündete eintreten können.“ So sprach Oesterreich am 27. Nov. 1848.

Die deutsche Reichsversammlung hat nun über den künftigen deutschen Bundesstaat ein Reichsgesetz entworfen, welches die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten über alle Erwartung schon und die Selbstständigkeit der innern Verwaltung in keiner Art beeinträchtigt. Dem Eintritte Oesterreichs, nach dessen eigener Erklärung, in den deutschen Bundesstaat stand daher kein wesentliches Bedenken entgegen. Was thut nun Oesterreich?

In der Note vom 4. Februar 1849 erklärte Oesterreich: „die Gestaltung eines unitarischen Staates (d. h. eines deutschen Bundesstaates) erscheint dem kaiserlichen Kabinette nicht ausführbar für Oesterreich, nicht wünschenswerth für Deutschland. Nicht ausführbar für uns, denn die österreichische Regierung darf über der Stellung Oesterreichs im Bunde die ihr gegenüber den nichtdeutschen Bestandtheilen der Monarchie zustehenden Rechte und Pflichten nicht vergessen. So wie sie das Band, welches die Deutschen und nichtdeutschen Lande Oesterreichs seit Jahrhunderten zusammenhält, nicht lösen kann, eben so wenig vermag sie eine einseitige Aufhebung des deutschen Bundesverhältnisses zuzugeben, welches einen wesentlichen Bestandtheil der europäischen Verträge bildet. Aber ein solcher einheitlicher Staat erscheint uns auch nicht wünschenswerth für Deutschland, denn er würde nicht nur die mannigfach gestalteten Bedürfnisse, die nächsten moralischen und materiellen Interessen, die Ueberlieferungen der Vergangenheit und die Ansprüche auf die Zukunft auf das vielfältigste und tiefste verletzen, sondern auch der mit Sehnsucht herbeigewünschten und mit Eiferfucht bewachten Entwicklung der staatlichen und persönlichen Freiheit der Deutschen hemmend in den Weg treten.“

Der Sinn dieser Stelle aus der Note vom 4. Febr. 1849 ist abermals so klar wie die helle Sonne. Das österreichische Ministerium sagt: „ich lehne den Bundesstaat ab, ich verweigere nicht bloß den Eintritt in denselben, sondern ich erkläre, daß der Bundesstaat, unter welchen Bedingungen er auch errichtet werden möge, als solcher für Oesterreich und für Deutschland gefährlich ist. Ich bin für die Freiheit und den Wohlstand des deutschen Volkes zärtlich besorgt und diese Sorge bewegt mich, den Bundesstaat unbedingt zu verwerfen.“

Im April 1848 verwarf Oesterreich den Bundesstaat nicht, es erwartete ihn sogar, nur forderte es Bedingungen, die seinen Eintritt gestatten würden. Im Februar 1849 lehnte es den Bundesstaat, unter welchen Bedingungen derselbe auch zu Stande käme, absolut als eine verderbliche Neuerung ab.

Noch mehr! Die österreichische Regierung erklärt am 4. Febr. 1849, in der absoluten Verwerfung des Bundesstaates sei sie „den im Frühjahr ausgesprochenen Grundsätzen unwan-

delbar treu geblieben.“ Wer nach solchen Vorgängen noch darauf beharrt: „Kein Deutschland ohne Oesterreich“, der ist entweder ein Narr oder ein Verräther!

Im Herbst vorigen Jahres beschloß die deutsche Reichsversammlung die Gründung einer deutschen Kriegsmarine zum Schutze der deutschen Küsten und der deutschen Kauffahrtflotte. Die Kosten sollten nach der Matrikel von den einzelnen deutschen Staaten erhoben werden. Auf Oesterreich kam der Beitrag von über 1½ Mill. Fl. Hat diesen Beitrag Oesterreich abgeführt, wie ihn alle übrigen deutschen Staaten abgeführt haben? Auf eine Note des Reichsfinanzministeriums vom 10. October v. J. antwortete die österreichische Regierung am 8. Dec. Folgendes: „Die österreichische Seemacht hat von jeher nicht nur unsere deutsche und nichtdeutsche Küste bewacht, sie hatte auch die Aufgabe, außer der eignen, die deutsche Schifffahrt zu schützen (?). Ohne mit der Marine der Seemächte ersten Ranges an Stärke und Anzahl der Schiffe verglichen werden zu können, nimmt sie doch, mit Hinsicht auf die von ihr zu schützenden Interessen, eine Achtung gebietende Stellung ein. Von dem Wunsche befeelt, den österreichischen und deutschen Seehandel auf das Kräftigste zu schützen, ganz abgerechnet von politischen und militairischen Rücksichten, die hier überdies in Betracht kommen, liegt es in der Absicht und ist dringende Pflicht der kaiserlichen Regierung, ihrer Seemacht die möglichste Entwicklung zu geben. Schon jetzt vermöchte Oesterreich an Material mehr zu liefern, als sein Antheil an einer Umlage von mehreren Millionen wäre, welche die Bildung einer deutschen Marine voraussichtlich erfordern wird. Da überdies die übrigen deutschen Bundesländer unsrer Seemacht nichts entgegen stellen können, und wir, wie hier ausdrücklich wiederholt wird, unsrer Marine die Beschützung der deutschen Schifffahrt von jeher zur angelegentlichen Aufgabe gemacht haben, und stets dazu machen werden, so glaubt Oesterreich in dieser Beziehung seine Bundespflicht mehr als erfüllt zu haben. Es erachtet sich daher die kaiserliche Regierung nicht für verbunden, an der Beschaffung der von der Nationalversammlung am 14. Juli dekretirten 6 Millionen Thlr. Theil zu nehmen und bebauert demnach, der Auforderung des Reichsministeriums der Finanzen wegen sofortiger Einzahlung des für Oesterreich bemessenen Matrikularbetrages von 1,566,138 Fl. 33 Kr. in die Reichskasse oder mindestens zur Verfügungstellung dieses Betrages keine Folge geben zu können.“

Der kurze und handgreifliche Inhalt dieser Note ist: weil Oesterreich bereits eine Marine besitzt, braucht es keinen Beitrag zur deutschen Marine zu liefern.

Nun verstehen wir, was die österreichische Note vom 4. Febr. 1849 damit meint, wenn sie versichert, „die kaiserliche Regierung werde fortfahren, ihre Bundespflichten getreulich zu erfüllen.“ Sie hat vielmehr, wie die Verhandlungen in der Paulskirche satzsam beweisen, keine einzige getreulich und pünktlich erfüllt.

Die eben angeführte Depesche erklärt, die österreichische Seemacht habe von jeher die Beschützung der deutschen Küste und der deutschen Schifffahrt sich zur Aufgabe gemacht, und werde sich dieselbe stets und für alle Zukunft zur Aufgabe machen. Aber als dänische Kriegsschiffe die Nord- und Ostsee im vorigen Jahre unsicher machten, als die deutschen Häfen blockirt, deutsches Eigenthum als Kriegsbeute weggeführt wurde, als Deutschland mit Dänemark Krieg führte: da ließ sich kein österreichisches Schiff zum Schutze der deutschen Küste und des deutschen Handels in der Ost- und Nordsee blicken. Preußen hätte verderben können, der Oesterreicher hätte sich nicht geregt, vielleicht die Niederlage und die Verluste Preußens nicht unger-

gesehen, denn der preussische Adlerflug ist dem österreichischen zu kühn und zu kräftig. Die österreichische Flotte blieb im adriatischen Meere still liegen, angeblich um die Italiener im Zaume zu halten. Während Deutschland mit Dänemark in Krieg verwickelt war und die Gesandten ihre Pässe forderten, blieb der österreichische in Kopenhagen und sah mit acht österreichischer Gemüthsruhe den Kriegsrüstungen gegen sein Vaterland zu, als hätte Oesterreich kein Interesse für die Integrität und die Sicherheit Deutschlands. Es ist keine Erdichtung so lächerlich, daß sie nicht von der österreichischen Regierung ausgegangen wäre. Das österreichische Kabinet verschmäht keine Verdrehung, keine Ausflüchte, keine Verheißungen, deren Erfüllung auf den jüngsten Tag verschoben werden, sogar keine Lügen, wenn es sich darum handelt, Deutschland um die Früchte seiner Arbeit zu betrügen. Wenn das österreichische Kabinet behauptet, die österreichische Seemacht habe von jeher die deutschen Küsten und Schiffe geschützt, wenn es dies nicht bloß behauptet, sondern sogar wagt, diese Lüge der obersten und höchsten Körperschaft der Nation, der deutschen Reichsversammlung glauben zu machen, so geht dieses Verfahren einer Regierung, in deren Händen die Geschicke von 39 Mill. Menschen liegen, über alles Maß des Anstandes hinaus.

Das Reichsministerium und die Centralgewalt erließen Gesetze und Verordnungen, die unbedingte Geltung für Deutschland haben, insoweit sie das Verfassungswerk nicht betreffen. Die unbedingte Geltung ist nämlich dadurch mittelbar ausgesprochen, daß die provisorische Centralgewalt an die Stelle des Bundestages getreten ist. Oesterreich hat zu dieser Veränderung seine Zustimmung gegeben, in der größten Eile sandte es einen seiner Prinzen, die provisorische Regierung Deutschlands anzutreten. Aber so hastig es die Centralgewalt, weil sie einem Gliede des österreichischen Kaiserhauses übertragen war, als eine Fortsetzung des Bundestages anerkannte, auch nicht ein Gesetz, auch nicht eine Verordnung hat Oesterreich bis diesen Augenblick als gültig angenommen. Wir erinnern nur an das Verbot der Geldausfuhr und die unseligen Verhandlungen darüber in der Reichsversammlung, in allen deutschen Landesversammlungen, in den Ministerien des Reichs und aller Einzelstaaten. Das österreichische Kabinet war so deutsch gesinnt, daß es sich an die Forderungen Deutschlands nicht kehrte, daß es sich vielmehr erinnerte, es sei „vor Allem Oesterreichisch.“

Auf eine Aufforderung des Reichsministeriums vom 6. Octobr. 1848 über die Veröffentlichung des Reichsgesetzblattes in den österreichischen Bundesstaaten erwiderte der österreichische Bevollmächtigte bei der Reichscentralgewalt am 11. Octbr. „die örtliche Veröffentlichung der Gesetze und Verordnungen wird stets durch die Provinzialzeitungen unverzüglich erfolgen.“ Wie Oesterreich dies Versprechen erfüllt hat, zeigt das vor Kurzem vom Ministerium ausgegangene geheime Kreis Schreiben, worin aufgefodert wird, der Verbreitung der gedruckten Grundrechte des deutschen Volkes entgegen zu wirken. Das sind dieselben Grundrechte, die von österreichischen Deputirten mitberathen, von einem österreichischen Prinzen als Reichsverweser sanktionirt worden sind. Während das Ministerium den Deutsch-Oesterreichern gestattet, die französische Konstitution, obwohl eine republikanische, zu lesen, verwehrt es ihnen das Lesen der deutschen. Während die österreichische Regierung den Till Eulenspiegel, den unsittlichsten und verworfensten Roman erlaubt, setzt sie die deutschen Grundrechte auf den Index der verbotenen Bücher. Dies ist nicht nur ein Eingriff in die Freiheit der Presse, es ist noch mehr, es ist Verhöhnung Deutschlands.

Ferner ist beachtenswerth, wie Oesterreich als vorsitzende Macht in den letzten Stunden des Bundestages verfahren ist,

um, ob bewußt oder unbewußt, die deutsche Centralgewalt zu lähmen und Deutschland sogar im Auslande zu misshandeln. Wir entnehmen die kurze Skizze der frankf. D. V. U. Zeitung. Am 12. Juli 1848 übertrug der Bundestag durch das Organ des Vorsitzenden, durch den Oesterreicher von Schmerling, seine Befugnisse förmlich auf den Reichsverweser. Er rettete damit die Grundsätze der Bundesakte von 1815 für andere Zeiten und gab der Reichsverweserschaft außer dem Fundamente, welches das Gesetz der Reichsversammlung vom 27. Juni vorigen Jahres ihr gewährt hatte, auch die historische Unterlage, indem sie die Thätigkeit der Bundesversammlung fortzusetzen berufen ward. Es war damit eine Streitfrage umgegangen, mehr im Interesse der Fürsten, als in dem des Volks, welches, wenigstens wie damals die Dinge standen, keinen Werth auf die Zustimmung des Bundestages zu seinen Beschlüssen legte, und nach dem Charakter der Zeit sich berechtigt und stark genug halten mochte, dieselbe entbehren zu können. Wir wollen aber das Verdienst des Verfahrens der Bundesversammlung nicht schmälern, noch weniger bestreiten. Die Ruhe wurde erhalten, die Zeit zur Besinnung gewonnen, vielleicht der Weg zur Verständigung in anderen wichtigeren Dingen betreten und endlich ein Zeugniß von Umsicht und diplomatischem Takt gegeben. Der Friede im Innern war somit so gut wie verbürgt. Der deutsche Bund war nach seinen Stiftungsurkunden eine europäische Macht. Der „Durchlauchtigste deutsche Bund“ war von allen Völkern Europa's anerkannt, von allen Mächten in der wiener Kongressakte garantirt; es residirten bei ihm Gesandte von Frankreich, England, Rußland u. s. w.; er ließ sich durch die großen deutschen Kabinette vertreten; an seine europäische Stellung, wiewgleich sie keine ehrenvolle war, sah er sich täglich gemahnt durch Mittheilung der politischen Ereignisse und durch die übliche Courtoisie der Höfe. Darum sollte man glauben, daß der Bundestag, indem er erkannte, was bei der Umformung der exekutiven Gewalt in Beziehung auf das Innere nothwendig war, gar nicht darüber hat in Zweifel sein können, was die Stellung nach Außen erheische. Am wenigsten aber ist anzunehmen, daß darüber gar nicht nachgedacht worden sei. Nun war aber das Geringste, daß der Bundestag, wie er dem Reichsverweser seine Befugnisse übertrug, von seiner Abdikation in dessen Hände den europäischen Mächten, welche durch Gesandte bei ihm akkreditirt, oder allen, welche als Garanten der Bundesakte anzusehen waren, die übliche Notifikation gemacht hätte, und dieses Geringste wäre völlig genügend gewesen, um die Kontinuität der Regierung des Reichsverwesers mit der Bundesversammlung darzuthun und derselben ohne Weiteres die Anerkennung der fremden Mächte zu sichern, beziehungsweise den letztern allen Grund zur Nichtanerkennung zu nehmen. Damit hätte die Bundesversammlung für die äußere Stellung des Reichsverwesers gerade so erfolgreich gesorgt, wie sie es im Innern im Interesse der fürstlichen Würde gethan hatte. Es ist nicht geschehen; die Bundesversammlung hat die übliche Notifikation unterlassen. Daher der Skandal, daß ein Volk, wie das deutsche, nirgends in Europa (mit Ausnahme der Schweiz) in seiner Wiedergeburt anerkannt, daß diese völlig ignoriert ist, daß der Reichsverweser vergebens Gesandte nach England und Frankreich gesandt hat, daß selbst Frankreich, welches aus einer Revolution in die andere springt und der Wiener Kongressakte so oft und öffentlich Hohn gesprochen hat, nicht dahin gebracht werden kann, der Reichsgewalt die Anerkennung zu zollen. Allen denen, welche ein Interesse haben, daß die Umwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat nicht zu Stande komme, hat die Unterlassung der Notifikation einen trefflichen Dienst erwiesen. Deutschland ist sie schon verderblich geworden und kann es in noch höherem Grade werden. Hätte

die Anerkennung sich von selbst ergeben, weil sie in der Notifikation der Bundesversammlung von allen deutschen Staaten einmüthig verlangt gewesen wäre, so war jede Umformung im Innern eine häusliche Angelegenheit, in welche sich kein Auswärtiger einmischen durfte, so hätte keine deutsche Macht daran denken können, mit dem Auslande über die Geschicke Deutschlands zu unterhandeln; nachdem aber Gelegenheit zur Verweigerung der Anerkennung vorbereitet und geboten worden ist, hängt es ganz von dem Willen der auswärtigen Mächte ab, an welche Bedingungen sie die Aufnahme Deutschlands in die europäische Gemeinschaft knüpfen wollen. Noch ist die alte Bundesverfassung Garantien Frankreichs, Englands und Russlands, und leider unterliegt es keinem Zweifel, daß von einzelnen Bundesgliedern bei fremden Kabinetten darauf Berufung erhoben worden ist.

Wer trägt nun aber die Schuld der unterlassenen Notifikation? Wer hat Deutschland in diese mißliche Lage gebracht? Wir sind nicht im Stande, diese Fragen definitiv zu beantworten. Wenn wir aber erwägen, daß Herr von Schmerling, der Mann, der vor Allem ein Oesterreicher zu sein sich rühmt, zu der Zeit nicht nur österreichischer Gesandter bei dem Bundestage war, sondern auch das Präsidium bekleidete; wenn wir ferner erwägen, daß die österreichische Politik gegen die Gründung eines wahren deutschen Bundesstaates ist, daß sie allem, was von Frankfurt ausgegangen, nur nicht der Berufung und Einsetzung eines österreichischen Prinzen in die Centralgewalt, ihre Anerkennung theils offen, theils in versteckter und intriguanter Weise versagt hat; wenn wir endlich erwägen, zu welchen Lüsten und Machinationen Herr von Schmerling und die übrigen österreichischen Partisanen in Frankfurt sich herabgewürdigt haben, um ihre Pläne, Deutschland zu seinem Verberben der österreichischen Hauspolitik als ein reiches Opfer auszuliefern: wenn wir dies bedenken, so ist die Vermuthung verzeihlich, daß Präsidium der Bundesversammlung habe mit Bewußtsein und Absicht gehandelt, als es die Notifikation unterließ. Ferner:

Das Reichsministerium hatte eine Verständigung mit den deutschen Fürsten über das deutsche Verfassungswerk eingeleitet. Bei Oesterreich handelte es sich darum, ob es dem Bundesstaate beitreten wolle oder nicht. Nach der Entschließung des österreichischen Kabinetts war es nöthig, mit diesem besonders zu unterhandeln. Oesterreich hatte bei dieser Gelegenheit erklärt, daß es nur durch das Ministerium des Auswärtigen verhandeln werde. Es betrachtete Deutschland daher als Ausland und stellte es mit Frankreich, Rußland und der Türkei in eine Linie. Es handelte sich nach einer dreimonatlichen Frist, in welcher Oesterreich die deutsche Angelegenheit „in der Schwebe“ gehalten hatte, endlich um eine runde Antwort über den Eintritt oder Nicht-Eintritt. Am 24. Febr. versammelte endlich der Ministerpräsident H. von Gagern die sämtlichen Bevollmächtigten, um ihre Erklärungen über die Verfassungsfrage zu vernehmen. Hat der österreichische Bevollmächtigte, Herr von Schmerling, endlich den Willen seiner Regierung kund gegeben? Hören wir, was ein unterrichteter Berichterstatter in der D. P. A. Zeitung berichtet. Er schreibt: „Jetzt endlich hoffte man, die Antwort zu vernehmen auf die Frage, die seit Monaten jeder sich selbst und seinen politischen Freunden gestellt, „wird Oesterreich beitreten oder nicht?“ Die Nothwendigkeit, mit Oesterreich zu unterhandeln, hatte schon Herr von Schmerling im November erkannt. Gagern mußte ins Ministerium treten, um dazu die Ermächtigung zu erhalten; an diese Ermächtigung setzte er die Existenz seines Ministeriums. Nach schwerem Kampfe erhielt er sie, und sofort ging seine aufregende Depesche nach Olmütz. Doch auf sie wie auf eine Reihe unter-

geordneter Zuschriften der verschiedenen Ministerien war keine Antwort erfolgt. Olmütz beobachtete ein tiefes, ja beleidigendes Stillschweigen. Im Kaiserstaate selbst die größte Thätigkeit. Ein Verhältniß zu Rußland, ein Bündniß mit diesem unverbundenen Staate wird festgestellt — über das Verhältniß zu Deutschland verlautet kein Wort! Da erscheint endlich der Tag, wo die offiziellen Vertreter der deutschen Staaten erklären sollen, was das neue Deutschland von diesen zu erwarten habe. Denn schon ein volles Jahr tiefer Erschütterung ist verfloßen und die Wiebergeburt noch nicht vollendet. Aber die Hoffnungen haben nicht getäuscht. Gagern läßt die Erklärungen von 28 Staaten, dann von Sachsen verlesen. Baiern, Württemberg und Hannover erbitten sich nur wenige Tage Frist. Und nun die Anfrage an Oesterreich! Endlich Aug' in Auge sollen wir erfahren, welcher Entschluß denn in Olmütz gereift ist. Athemlose Stille herrschte und Aller Blicke richteten sich auf Herrn von Schmerling. Dieser legte die Zeitung weg, in welcher er die ganze Zeit über gelesen hatte, und sagte in seinem gewöhnlichen leichten Tone: „Ich habe gar keine Erklärungen zu geben.“

Soweit der Frankfurter Bericht. Wir überlassen unsern Lesern, das rechte Wort zur Bezeichnung dieses uns gar nicht auffallenden Verfahrens und dieser aus der Vergangenheit hinlänglich bekannten Politik zu suchen.

Oesterreich will die Restauration der vormärzlichen Zustände. Diesem Vorhaben ist die Reichsversammlung im Wege. Aber wie soll es möglich sein, diese Macht, die mit tausend und abertausend Andern in dem deutschen Volke festgewurzelt wohnt, zu entfernen? Durch eine Contre-Revolution. Gewalt sollte zur Recht ergehen. Allein fand sich Oesterreich zu schwach. Natürlich. Es ist noch nicht sicher in seinem eignen Hause. Die offene Empörung in Italien vermag es nur durch verstärkte Waffengewalt niederzuhalten. Venedig ist noch in den Händen der Ausländischen. In Ungarn und Siebenbürgen brennt der Bürgerkrieg fort. Ganze Provinzen unterliegen dem Belagerungszustande und dem Martialgesetze. Im ganzen Reiche erschüttert der Widerstand gegen die gefekliche Macht deren Wirksamkeit und Bestehen. Unter solchen Umständen wäre es für Oesterreich ein gewagtes, tollkühnes Spiel gewesen, mit Waffengewalt gegen Frankfurt vorzuschreiten. Dazu kommt, daß die österreichische Politik gewohnt ist, sich durch andere, und das ist der einzige Vorzug, den es Deutschland gern gönnt, die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen. Es war im Plane, die deutschen Könige zu einem Feldzuge gegen Frankfurt zu treiben. Nach dem mährischen Vorschlage sollte Preußen mit 20000, Baiern und Württemberg jedes mit 10000 Mann die Frankfurter Reichsversammlung sprengen. Das Unsinnen wurde mit Entrüstung zurückgewiesen. Oesterreich appellirte darauf an den Partikularismus und stellte den Königen Deutschlands Aufhebung aller übrigen Souveränitäten in Aussicht. Es appellirte an die Sondergelüste, an das Glaubensbekenntniß, an das rauhere und mildere Klima, an die niedrigsten Leidenschaften der Herrschucht und der Ländergier. Es fand Eingang bei Fürsten, die als Könige nicht leben und nicht sterben können. Nur Preußen widerstand mit seinem deutschen Bewußtsein dem bösen Versucher und die mährischen Projekte zerschellten an der preußischen Ehrlichkeit. Wir werden das Nähere erfahren und offner besprechen, wenn die preußische Regierung die österreichische Depesche vom 17. Januar veröffentlicht.

Ungewiß über die Theilnahme und Unterstützung, die Oesterreich in Deutschland und bei den Deutschen zu finden hoffe, hat es sich jetzt an Frankreich und Rußland gewendet. Mit Rußland hat es ein Bündniß geschlossen und hat Frankreich aufgefordert, die Verträge von 1815 in Bezug auf das deutsche



Verfassungswerk für bindend zu betrachten. Soweit wäre dann die österreichische Politik gelangt, sie sucht ihren moralischen Haltspunkt bei russischen Horden und französischen Sansculoten.

Berlin, d. 1. März. Die zweite Kammer hält heute keine Sitzungen, da die Kommissionen sich mit den Wahlprüfungen beschäftigen. Bedeutendes wird auch wohl in der ersten nicht vorkommen, da die Wahl eines Vicepräsidenten die Zeit hinwegnimmt. Benutzen wir diese Pause, um einen allgemeinen Blick auf die hiesige Stimmung zu werfen, so können wir sie nicht weniger als befriedigend schildern. Es ist der unerquickliche Zustand, der Ungewißheit, des Erwartens, der sich aller Gemüther bemächtigt hat. Die Bajonnette des Belagerungszustandes erhalten die äußere Ruhe vollkommen aufrecht; wir haben weder die grotesk-barocken Arbeiter-Tumulte des vorigen Jahres, noch alarmirt der unmelodische Ton des Horns die friedliche Bürgerschaft zum ungewohnten Wehrdienst. Allein dennoch verhehlt sich Niemand, daß damit keinesweges eine Grundlage zu einem festen geordneten, das Volk befriedigenden und beruhigenden Rechtszustande gewonnen ist. Diesen sollen uns die Kammern verschaffen. Wird es ihnen bei dem ungeheuern Gegensatz, in welchem das Land immer mehr zerfällt, bei einem Gegensatz, der leider fast schon in einen alle Kreise durchdringenden politischen Fanatismus ausartet, gelingen? Nimmt doch dieser Fanatismus in seiner, selbst das Familienleben zerstörenden Intensivität einen Charakter an, der den alten religiösen Fanatismus zu übertreffen und uns Zustände der französischen Revolution von 1789 zu bringen droht, wir könnten Beläge dafür anführen! Das Ministerium will diesen Gefahren die wiederhergestellte Kraft des Gesetzes entgegenstellen, es beruft sich auf seinen persönlichen Muth, mit welchem es sich furchtlos in den November-Tagen in den Strudel der Bewegung stürzte, es verlangt dafür Vertrauen. Gut. Aber wird die Kraft des Gesetzes herzustellen sein, ohne einen im sittlichen Bewußtsein des Volkes wurzelnden Boden?! Wird das Ministerium nicht in folgerechter Consequenz seines Anfanges und seiner Stellung nothwendig immer weiter von diesem Boden weggedrängt werden, um seinen äußerlichen Zweck der Ruhe und Ordnung fürs Erste bloß festzuhalten?! Wird es sich nicht alsdann sehr bald einer Richtung ergeben müssen, die dem demokratischen Geiste der Zeit zuwiderläuft und uns dann entweder neuen Stürmen überantwortet, oder Preußens weltgeschichtliche Aufgabe verscherzt? Das ist der Zweifel, der die Gemüther ängstet und der weder durch einen Hinblick auf die Personen des Ministeriums, noch auf die Strömungen in den höchsten Luftschichten, noch endlich auf auswärtige Einwirkungen Beruhigung findet. Die nächsten Operationen der Kammern werden uns vielleicht klarer sehn lassen; die gestrige Abstimmung über die Geschäftsordnung, bei welcher die Rechte mit 21 Stimmen obsiegte, will nichts sagen. Wir halten diesen Sieg für eben so illusorisch, als den ihm zum Grunde liegenden Antrag unvorsichtig. Denn die angenommene Geschäfts-Ordnung ist eine ausschließliche Waffe in der Hand der Majorität, für jetzt also in der der Rechten; die Waffe wird sich aber gefährlich umkehren, wenn die Linke die Majorität erhält. Es ist überall ein Fehler, eine Geschäftsordnung für einen Parteizweck zuzustutzen. Die Einwirkungen aller dieser Unsicherheiten auf das äußere Leben sind nicht anders als im höchsten Grade lähmend. Von Gesellschaften, Ballen und anderen Genüssen ist wenig die Rede. Die Gilwelt hält zurück, die Börse ist still und matt. Im täglichen Verkehr sind die Zustände noch ganz so, wie wir sie leßthin schilderten; die Läden zeigen fast nur Verkäufer. Leider werden aber auch die großen Fabriken immer mehr davon berührt und die Fabrikbesitzer entlassen fast

wöchentlich Arbeiter. Von den Rattunfabriken ist es schon früher geschehen. Die großen Maschinenbauanstalten folgen nach und namentlich sieht sich die Borsigische dazu genöthigt. In einigen Fabriken beabsichtigt man die Arbeit ganz einzustellen, namentlich wenn der dänische Krieg wieder ausbrechen sollte. Die Besitzer werden um so mehr dazu ermuthigt, als der Belagerungszustand sie gegen die Arbeiter sicher stellt; aber sollte es dennoch zu neuen Explosionen kommen, sie wären doch durch den materiellen Nothstand in Verbindung mit der geistigen Aufregung um so furchtbarer vorbereitet.

Berlin, d. 1. März. Tempora mutantur et nos mutantur in illis! Dieser bekannte Spruch mußte sich heute den Besuchern der I. Kammer aufdrängen. Hr. Milde und Hr. Hansemann in heftiger Opposition gegen das Ministerium, und Hr. Baumstark von der Linken (versteht sich, der I. Kammer) als Candidat zur Präsidentschaft aufgestellt und wirklich zum ersten Vicepräsidenten gewählt! Diese Linke zählt überhaupt eine Reihe von Männern in sich, denen die rechte Wand in dem Concertsaale des Schauspielhauses nicht weit genug herausgerückt werden konnte, damit sie die richtigen Plätze einnehmen. Milde, Baumstark, Hansemann, Ritx aus Aachen, v. Brünneck, Sacken-Tarputtschen sind hier die Stimmführer. Hr. Hansemann trat heute für die verletzete Würde der Kammer in die Schranken; das Ministerium hatte verabsäumt, ihr die Mittheilung über die Kündigung des Waffenstillstandes zu machen. Das Ministerium war sehr unglücklich mit seiner Vertheidigung. Gestern hatte dasselbe die II. Kammer mit der Nachricht bekannt gemacht, obwol diese doch nicht constituirt ist. Und heute entschuldigt sich der Minister des Auswärtigen gegen die I. Kammer damit, daß er durch den Grafen Bülow anführen läßt, er habe nicht geglaubt, Mittheilungen machen zu dürfen, ehe die Kammer constituirt sei. (D. U. 3.)

Von dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist heute nachfolgende Benachrichtigung an den Handelsstand der Ostsee-Provinzen erlassen worden:

„Die königlich dänische Regierung hat in einer vom 23. d. Mts. datirten, am 26. d. Mts. übergebenen Note erklärt: daß Sr. Majestät der König von Dänemark sich durch die malmöer Waffenstillstands-Convention nicht über die ursprünglich für dessen Dauer verabredeten sieben Monate gebunden halten, und daß folgeweise die gedachte Convention am nächsten 26. März ihre Endschafft erreicht haben werde.“

Es ist zwar diese Erklärung mit der Bemerkung begleitet worden, daß die königlich dänische Regierung sich der vertrauensvollen Hoffnung hingebe, es werde der gefaßte Entschluß nicht zu einer Erneuerung der Feindseligkeiten führen, und es berechtigen zwar ferner die jetzt unier englischer Vermittelung in London eröffneten Friedens-Unterhandlungen zu der Hoffnung, daß es gelingen werde, noch vor dem wirklichen Ablaufe des Waffenstillstandes wenigstens die Friedens-Präliminarien festzustellen, da sich indeß der Erfolg nicht mit Sicherheit voraussehen läßt, so beileide ich mich, den Handelsstand in den Seehäfen von der Lage der Sache hierdurch in Kenntniß zu setzen, und ihm die den Umständen entsprechende Vorsicht zu empfehlen, indem ich zugleich die Zusicherung aussprechen kann, daß die Staats-Regierung alle ihr zu Gebote stehenden Mittel ergreifen wird, welche geeignet sind, den diesseitigen Handel vor Verlusten zu schützen.“

Berlin, d. 2. März. Die Vorsitzenden der 5 Abtheilungen der Ersten Kammer und ihre Stellvertreter sind: 1) Kühne (Bornemann), 2) Bilde (Baumstark), 3) Schmückert (v. Köller), 4) Böttcher (Walter), 5) v. Wittgenstein (v. Ammon). — Dieselbe hat bereits auch die Mitglieder der Aresß-Kommission gewählt. Der Vorsitzende derselben ist der Präsident R. v. Auerwald. Aus den Abtheilungen sind gewählt: 1) v. Katte — Bergmann. 2) v. Hellendorf — Kupfer. 3) Simons — Graf Tzenpliz. 4) Walter — Leue. 5) v. Keltich — Rosenfranz.

Bei den gestern hier zur zweiten Kammer stattgehabten vier Nachwahlen des ersten, dritten und vierten Wahlbezirks (für Notbertus im ersten, Waldeck und Jacoby im dritten, wie für Temme im vierten Bezirk waren bekanntlich Neuwahlen angeordnet) wurden gewählt: Im ersten Wahlbezirk Heinr. Simon, zur Zeit Mitglied der deutschen Reichsversammlung mit 273 Stimmen gegen 147, welche Hr. v. Beckerath erhielt. Im dritten Wahlbezirk: 1) der Oberbürgermeister Ziegler aus Brandenburg mit 217 Stimmen unter 281 Anwesenden. Neben ihm erhielten Beckerath 62, Löw aus Calbe, 1, Freiligrath 1 St.; 2) der Landrath Reuter aus Johannisburg in Ostpreußen mit 209 St. gegen 63, welche Beckerath, 5 welche Löw, 2 welche Möwes und 1 welche Gen. Wrangel erhalten hatte. Im vierten Wahlbezirk der Assessor G. Jung nach zweimaliger Abstimmung. Bei der ersten waren 287 Wahlmänner anwesend (absolute Mehrheit 144). Davon erhielten: Jung 136, Bruno Bauer 92, Gneist 13, Camphausen 45, Dr. Jung 1 Stimme. Da mithin die absolute Mehrheit nicht erreicht war, so mußte zu einer zweiten Stimmgebung geschritten werden. Hierbei waren 288 Wahlmänner anwesend (absolute Mehrheit 145). Nunmehr erhielten: Jung 148, Bruno Bauer 90, Camphausen 46, Gneist 3 Stimmen; ein Stimmzettel war ungültig. — Alle vier Gewählten hatten der vorigen National-Versammlung angehört.

Die 14 Mitglieder für die Kommission zur Ausarbeitung der definitiven Geschäfts-Ordnung, zu der jede Abtheilung 2 zu wählen hat, sind: Präsident v. Moeller, de Syo, v. Diebahn, Waldeck, Sellern, Dr. Stein, Dr. Knauth, Hildenbagen, v. Auerwald, Osterath, v. Kleist, Groddeck und Stolle.

An den Magistrat ist seitens des Kriegsministeriums die Forderung gestellt, Ersatz für 200,000 Patronen zu leisten, welche am 16. Oktober v. J. bei dem Arbeiter-Aufstande an die Bürgerwehr — jedes Bataillon erhielt 2500 Stück — verabreicht wurden. Der Magistrat ist jetzt im Begriff, diese Patronen, so weit dieselben nicht verschossen sind, zu ermitteln, um die Erstattung in natura zu bewirken, da der Werth sich auf die nicht ganz unbeträchtliche Summe von ca. 10 Thlr. pro 1000 Stück beläuft.

Seit geraumer Zeit hatten die Rattendrucker, welche in den Fabriken der Herren Dannenberg und Goldschmidt am schlesischen Thore in Arbeit standen, gegen die Einführung von neuen Maschinen protestirt. Heute Morgen wurde dieser Protest so allgemein und so bedenklich, daß die Einschreitung polizeilichen Schutzes in Anspruch genommen werden mußte.

Briefe aus Dresden melden, daß die politischen Verhältnisse im Königreiche Sachsen in den höchsten Regionen so große Besorgnisse erregt hätten, daß man mit einer größeren Militärmacht (jedoch nicht mit Preußen), für den Fall einer etwa eintretenden Katastrophe, im Voraus wegen einer eventuellen Unterstützung durch Truppen Verhandlungen angeknüpft habe.

Hannover, d. 27. Februar. Die hannoversche Zeitung theilt folgende Antwort seitens der königlich preussischen Regierung auf eine Note des hannoverschen Gesandten Grafen zu Inn- und Knypphausen mit:

„Der Unterzeichnete glaubt bei gegenwärtiger ergebenster Beantwortung der geehrten Note des Herrn Grafen zu Inn- und Knypphausen vom 4. d. M., die von der deutschen National-Versammlung beschlossenen „Grundrechte des deutschen Volks“ betreffend, zunächst voraussetzen zu dürfen, daß die Ansichten der Regierung Sr. Majestät des Königs, seines allergnädigsten Herrn, über die Kompetenz der gedachten National-Versammlung und der provisorischen Centralgewalt für Deutschland während der Dauer des jetzigen Provisoriums allgemein gültige Gesetze zu erlassen und zu publiziren, der königlich hannoverschen Regierung aus den derselben darüber zugeworbenen früheren diesseitigen Mittheilungen hinlänglich bekannt sind. Bei diesen Ansichten, wonach die diesseitige königliche

Regierung sich das Recht vorbehalten hat, in jedem einzelnen Falle zu prüfen, inwieweit derartigen Beschlüssen Gesetzeskraft für die preussischen Staaten zu geben sei, bleibt dieselbe auch in Ansehung jener Grundrechte stehen, indem sie sich vorbehält, zu prüfen, ob und inwieweit dieselben durch selbstständige Einführungs-Gesetze in die Landesgesetzgebung hinüber zu führen seien, und hierzu diejenige Kompetenz für sich in Anspruch nimmt, welche natürlich jeder deutschen Landesregierung zusteht. Mit der königl. hannoverschen Regierung ist sie zugleich darüber einverstanden, daß die Grundrechte einen wesentlichen Bestandtheil der künftigen Verfassung Deutschlands bilden. Insofern dies der Fall ist, hat die diesseitige königliche Regierung bereits in ihrer bekannten Circular-Depesche vom 23. v. M. den Weg bezeichnet, auf welchem, ihrer Ansicht nach, Differenzen über den vorliegenden Gegenstand, wo solche bestehen, zum Austrage zu bringen sein werden. Die vorstehenden Bemerkungen enthalten Alles, was der Unterzeichnete über die Ansichten seiner Regierung, ihrerseits die Aufnahme der Grundrechte in die vereinbarten Verfassungs-Abschnitte bei der provisorischen Centralgewalt in Antrag bringen zu lassen, dem Herrn Grafen zu Inn- und Knypphausen zur Erfüllung des in der gefälligen Note vom 4. December ausgesprochenen Wunsches für jetzt mitzutheilen die Ehre haben kann. Berlin, den 8. Februar 1849. gez. Bülow. An den Herrn Grafen zu Inn- und Knypphausen u. c.

Cuxhaven, d. 28. Febr. Diesen Nachmittag 3 Uhr ist die Reichs-Marine-Kommission, in Begleitung hannoverscher und hamburgischer Kommissarien, am Bord des Dampfschiffes Henriette von Hamburg hier angekommen; dieselbe wurde durch Schüsse von der Hafen-Batterie und durch Flaggen sämmtlicher hier liegenden Schiffe bewillkommt.

Frankfurt a. M., d. 27. Febr. Die mitgetheilte Collectivnote der preussischen und der ihr beigetretenen deutschen Regierungen hat eine doppelte erfreuliche Bedeutung. Sie macht erstlich den mancherlei bewußt und unbewußt auf einen Bruch zwischen Oesterreich und Preußen hinarbeitenden Deutungen der zwei allgemein gehaltenen preussischen Noten ein Ende, sie ist zweitens ein Zeichen und Beweis, daß die preussische und die ihr beigetretenen Regierungen gemeinschaftlich zu handeln beginnen, und der Nationalversammlung einseitig zwar entgegenkommen, und andererseits aber auch von dieser ein ähnliches Nachgeben erwarten. Wir begrüßen diese Collectivnote als den ersten Hoffnungsstrahl, daß das deutsche Volk, gewarnt durch das Beispiel Italiens, die Gefahren Frankreichs, den Weg der Mäßigung wieder betreten, eine Einheit, wie sie ohne Ausschließung Oesterreichs möglich und wünschenswerth ist, erstreben und dem Jahre 1848 lieber einen Fortschritt als einen Sprung verdanken werde, der es möglicherweise zu schlimmeren Zuständen führen könnte, als die vor 1848 waren. (D. P. U. 3.)

Frankfurt a. M., d. 28. Februar. Die Thronrede des Königs von Preußen ist in den hiesigen finanziellen Kreisen mit entschiedener Befriedigung aufgenommen worden, da eine weitere Benugung des Staatscredits nicht in Aussicht gestellt wird und da sich ferner in diesem Documente eine Bestätigung der Erwartung findet, daß man auf eine baldige und befriedigende Lösung der deutsch-dänischen Streitfrage rechnen könne. (Die Kündigung des Waffenstillstandes ist seitdem erfolgt). Auch in den politischen Kreisen hat die Thronrede im Allgemeinen einen günstigen Eindruck gemacht; die Erklärung, daß die innigste Vereinigung der deutschen Staaten zu einem Bundesstaate ferner Gegenstand der lebhaftesten Wünsche des Königs von Preußen sei, und daß Preußen auch Opfer nicht scheuen werde für die Erreichung dieses großen Zieles, erscheint den Meisten genügend, wofür die Thaten den Worten entsprechen und die zur wirklichen Erreichung des großen Zieles nothwendigen Opfer nicht werden gescheut werden.

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Geld.)

Magdeburg, den 2. März. (Nach Wispeln.)

Weizen	44	—	52 $\frac{1}{2}$	Gerste	23	—	25 $\frac{1}{2}$
Roggen	26	—	28 $\frac{1}{2}$	Hafer	14	—	16 $\frac{1}{2}$

Berlin, den 2. März.

Weizen nach Qualität	55—58 $\frac{1}{2}$	fr.
Roggen loco	26—27 $\frac{1}{2}$	fr.
" pr. Frühjahr	22 $\frac{3}{4}$	fr. bz., 23 $\frac{3}{8}$ Br., $\frac{1}{2}$ G.
" Mai/Juni	26 $\frac{2}{3}$	fr. bz. u. Br.
" Juni/Juli	27 $\frac{1}{2}$	fr. Br., 27 G.
Gerste, große, loco	22—25	fr.
" kleine	19—21	fr.
Hafer loco nach Qualität	14—16	fr.
" pr. Frühjahr	4 $\frac{1}{2}$	fr. Br.
Rübsöl loco	13 $\frac{1}{2}$	fr. Br., 13 $\frac{3}{8}$ G.
" März	13 $\frac{1}{3}$	fr. bz. u. Br., 13 $\frac{1}{4}$ G.
" März/April	do.	do.
" April/Mai	do.	do.
" Mai/Juni	13 $\frac{1}{4}$	fr. Br., 13 $\frac{3}{8}$ G.
" Juni/Juli	13 $\frac{1}{5}$	fr. Br., 13 $\frac{1}{12}$ G.
" Juli/August	} nominell.	
" Aug./Sept.	}	
" Sept./Oct.	12 $\frac{7}{12}$	fr. bz. u. Br.
Leinöl loco	11	fr. Br.
" Lieferung pr. April/Mai	10 $\frac{1}{2}$	à 10 $\frac{1}{2}$ fr.
Spiritus loco ohne Faß	15 $\frac{1}{8}$	à $\frac{1}{8}$ fr. bz.
" März	15 $\frac{1}{4}$	fr. Br., 15 bz.
" pr. Frühjahr	15 $\frac{1}{2}$	fr. bz. u. Br.
" Mai/Juni	16	fr. bz. u. Br.
" Juni/Juli	16 $\frac{1}{2}$	fr. bz. u. Br.

Wasserstand der Saale bei Halle

am 2. März Abends 6 Uhr am Unterpegel 8 Fuß 4 Zoll.
am 3. März Morgens 6 Uhr am Unterpegel 8 Fuß 3 Zoll.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 2. bis 3. März.

Im Kronprinzen: Die Hrn. Kaufl. Wendt u. Zacharias a. Berlin, Meyer a. Leipzig, Heydenreich a. Chemnitz, Grote a. Nordhausen, Jungt a. Bremen.

Stadt Zürich: Hr. Assessor Koblant u. Hr. Dr. phil. Löwenberg a. Berlin. Hr. Direktor vr. Heyden a. Frankfurt. Hr. Prof. Uhde a. Braunschweig. Die Hrn. Kaufl. Groch a. Merseburg, Wolstrum a. Leipzig, Cohn a. Hamburg.

Goldener Ring: Hr. Eisenbahnbeamter Bachmann a. Stettin. Die Hrn. Amtl. Werner a. Schützenrode, Gersdorf a. Rosenfeld. Die Hrn. Kaufl. Braune a. Brandenburg, Meise a. Magdeburg, Duand a. Berlin.

Englischer Hof: Hr. Gastw. Pegold a. Schwittersdorf. Die Hrn. Kaufl. Bardenstein a. Raumburg, Berger a. Nürnberg.

Goldener Löwe: Hr. Kaufm. Feld a. Magdeburg. Die Hrn. Fabrik. Bechtold a. Königsberg, Kmann a. Bremen, Großmann a. Hannover. Hr. Refer. Schluttau a. Berlin.

Stadt Hamburg: Die Hrn. Kaufl. Peinrich a. Dresden, Detmold a. Würzburg, Gehhardt a. Magdeburg, Beau a. Berlin. Hr. Gutsbes. Poyer a. Westpreußen. Hr. Fabrikherr Deißner a. Düsseldorf. Hr. Deton. Günther a. Nürnberg.

Goldue Kugel: Die Hrn. Kaufl. Bretschneider a. Leipzig, Fuhrmann a. Elberfeld, Jacob a. Saalfeld, Meyer u. Hr. Artillerie-Unteroffizier Schneider a. Berlin.

Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 2. März.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
Pr. Freiw. Anl.	5	101	100 $\frac{1}{2}$	Pomm. Pfandbr.	3 $\frac{1}{2}$	92	—
St. Schuldch.	3 $\frac{1}{2}$	79 $\frac{1}{8}$	80 $\frac{3}{8}$	R. = u. Km. do.	3 $\frac{1}{2}$	92 $\frac{1}{2}$	—
Sech. Pr. = Sch.	—	—	98 $\frac{1}{2}$	Schleßische do.	3 $\frac{1}{2}$	—	—
Kur = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. ga-	—	—	—
Schuldversch.	3 $\frac{1}{2}$	—	—	tant. do.	3 $\frac{1}{2}$	—	—
Br. Stadt-Obl.	5	98 $\frac{1}{4}$	—	Pr. Bk. = A. = Sch.	—	87 $\frac{1}{2}$	—
do. do.	3 $\frac{1}{2}$	—	—	Friedrichsd'or	—	137 $\frac{1}{12}$	13 $\frac{1}{12}$
Wstpr. Pfandbr.	3 $\frac{1}{2}$	86 $\frac{1}{8}$	—	And. Goldm. à	—	127 $\frac{1}{12}$	12 $\frac{1}{12}$
Großh. Pos. do.	4	—	96	5 $\frac{1}{2}$	—	—	—
do. do.	3 $\frac{1}{2}$	81 $\frac{1}{12}$	81 $\frac{1}{12}$	Disconto	—	—	4 $\frac{1}{2}$
Dstpr. Pfandbr.	3 $\frac{1}{2}$	—	90 $\frac{1}{2}$				

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Sf.	Prioritäts-Actien.	Sf.
Brl. Anh. Lit. A. B.	4 75 bz.	Berl. = Anhalt	4 88 B.
do. Hamb.	4 50 $\frac{1}{4}$ bz. u. B.	do. Hambg.	4 $\frac{1}{2}$ 92 $\frac{1}{2}$ B.
do. St. = Star.	4 87 B.	do. II. Serie	4 $\frac{1}{2}$ 88 B.
do. Potsd. = M.	4 55 à 54 $\frac{1}{2}$ bz. u. B.	do. Potsd. = M.	4 83 $\frac{1}{2}$ B.
Magd. = Sbf.	4 108 $\frac{1}{2}$ G.	do. do.	5 95 B. 94 $\frac{1}{2}$ G.
do. Leipziger	4 —	do. Stettiner	5 102 $\frac{1}{4}$ G.
Halle = Thür.	4 50 bz.	Magd. = Leipz.	4 —
Cöln = Mind.	3 $\frac{1}{2}$ 78 $\frac{1}{4}$ bz.	Halle = Thür.	4 $\frac{1}{2}$ 86 B.
do. Aachen	4 49 $\frac{1}{2}$ G. 50 B.	Cöln = Mind.	4 $\frac{1}{2}$ 93 B.
Bonn = Cöln	5 102 G.	Rh. v. St. gar.	3 $\frac{1}{2}$ —
Düsseld. = Gf.	4 —	d. I. Priorität	4 —
Stee. Bohw.	4 36 B.	do. St. = Pr.	4 —
Nschl. = Märk.	3 $\frac{1}{2}$ 71 $\frac{1}{2}$ B.	Düsseld. = Gf.	4 —
do. Zweigbhn.	4 —	Nschl. = Märk.	4 86 B.
do. Lit. B.	3 $\frac{1}{2}$ 92 B.	do. do.	5 98 $\frac{1}{2}$ B.
Cosel. = Dverb.	4 —	do. III. Serie	5 93 $\frac{1}{2}$ bz.
Bresl. Freib.	4 —	do. Zw. bhn.	4 $\frac{1}{2}$ —
Kraf. = Dschl.	4 38 B.	do. do.	5 80 G.
Berg. = Märk.	4 57 $\frac{1}{2}$ B.	Dberschl.	4 —
Starg. = Pos.	3 $\frac{1}{2}$ 70 bz. u. G.	Kraf. = Dschl.	4 71 bz.
Brieg. = Meisse	4 —	Cosel. = Dverb.	5 95 $\frac{1}{2}$ G.
Magd. = Wirb.	4 —	Stee. = Bohw.	5 87 $\frac{1}{2}$ B.
		do. II. Serie	4 —
		Bresl. = Freib.	4 —
Quitt. = B.			
Aach. = Mastr.	4 —	Ausländische Stamm-Actien.	
		Leipz. = Dresd.	4 —
Ausl. Ob.		Rudw. = Verb.	4 —
pesth. 26 fl.	4 —	24 fl.	4 —
Fr. = B. = Wdb.	4 36 $\frac{3}{8}$ bz.	Kiel. = Alt. Sp.	4 86 $\frac{1}{2}$ B.
		Amst. = R. fl.	4 —
		Mitb. = Thlr	4 33 G.

Leipzig, den 2. März.

Staatspapiere.	Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere. Actien excl. Zinsf.	Angeboten.	Gesucht.
Königlich sächsische Staats-Papiere à 3 % im 14 $\frac{1}{2}$ F. von 1000 u. 500 $\frac{1}{2}$ kleinere	79 $\frac{3}{8}$	—	Chemn. R. = Eisenb. = Anl. à 10 $\frac{1}{2}$ 4 %	—	—
à 4 % do. do. v. 500 $\frac{1}{2}$ do. do. v. 500 u. 200 à 5 %	88 $\frac{1}{2}$	—	R. pr. St. = Schuld-scheine à 3 $\frac{1}{2}$ % in pr. Ct. pr. 100	—	—
do. do. kleinere	101 $\frac{1}{4}$	—	K. f. Österreich. Met. pr. 150 fl. Conv. à 5 % lauf. Zinsen à 4 % à 103 $\frac{1}{2}$ im à 3 % 14 $\frac{1}{2}$ F.	—	—
Königl. sächs. Landrentenbriefe à 3 $\frac{1}{2}$ % im 14 $\frac{1}{2}$ F. v. 1000 u. 500 $\frac{1}{2}$ kleinere	—	83	Pr. Frsd'or à 5 $\frac{1}{2}$ idem auf 100	—	—
Act. d. eh. sächs. = bair. C. = bis Mich 1855 à 4 % , später à 3 % v. 100 $\frac{1}{2}$	78 $\frac{5}{8}$	—	And. ausl. Louisd'or à 5 $\frac{1}{2}$ nach geringere rem Ausmünzstufe auf 100	—	12 $\frac{1}{2}$
Königl. pr. Steuer-Credit-Kassensch. à 3 % im 20 fl. F. v. 1000 u. 500 $\frac{1}{2}$ kleinere	—	79	Conv. = Spec. u. Sib. auf 100	—	—
Leipz. Stadt-Obligationen à 3 % im 14 $\frac{1}{2}$ F. v. 1000 u. 500 $\frac{1}{2}$ kleinere	—	89 $\frac{3}{4}$	idem 10 u. 20 Kr. auf 100	—	2 $\frac{1}{2}$
Sächs. erbl. Pfandbriefe à 3 $\frac{1}{2}$ % v. 500	—	82 $\frac{1}{2}$	Actien der W. B. pr. St. à 103 %	—	—
von 100 u. 25	—	—	Leipz. Bank = Actien à 250 $\frac{1}{2}$ pr. 100	—	142
Sächs. lauf. Pfandbriefe à 3 %	—	77 $\frac{1}{2}$	Leipz. = Dresd. Eisenbahn-Act. à 100 $\frac{1}{2}$ pr. 400	97 $\frac{5}{8}$	—
Sächs. do. do. à 3 $\frac{1}{4}$ %	—	89 $\frac{1}{2}$	Sächs. = Schles. do. pr. 100	74 $\frac{1}{2}$	—
= do. do. à 4 %	—	99	Chemn. = Rief. do. pr. 100	22 $\frac{1}{4}$	—
Leipz. = Dresd. = Eisenb. P. = Obl. à 3 $\frac{1}{2}$ %	—	97 $\frac{3}{4}$	Löbau = Zitt. do. pr. 100	15 $\frac{1}{2}$	—
			Magdeb. = Leipz. do. pr. 100	167	—

Bekanntmachungen.

Von der zur Königlichen Domaine Rothenburg gehörenden Buschbreite soll eine Parcellen, 122 □ Ruthen haltend, öffentlich meistbietend Dienstag d. 20. März auf dem Königlichen Domainen-Amte Rothenburg unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen, deren Einsicht auch vor dem Termine bei dem Unterzeichneten freisteht, verkauft werden.
 Domaine Rothenburg, am
 20. Februar 1849.

F. Meyer.
 v. c.

Die nächste Conferenz des **Mansfelder Lehrervereins** wird den 7. März d. J. (halb 2 Uhr) im goldnen Schiff zu Eisleben gehalten.
 Der Vorstand.

Ein Landgut, 2 1/2 Stunde von Halle, dicht an einem Anhaltepunkte der Eisenbahn gelegen, mit 24 Morgen der besten Felder, soll unter sehr billigen Bedingungen verkauft werden. Näheres bei Supprian in Halle, Leipzigerstr. Nr. 283.

Eine frequente Schenkwirtschaft, 1 Stunde von Halle gelegen, mit guten Gebäuden, großem Garten, Wiesen und 18 Morgen der besten Felder, soll schleunigst unter billigen Bedingungen verkauft werden. Näheres bei Supprian in Halle, Leipzigerstraße Nr. 283.

Ein Mädchen in gesetzten Jahren, Tochter eines Schullehrers vom Lande, welches außer andern weiblichen Arbeiten das Kleidermachen perfect erlernt hat, sucht zum 1. April Stellung als Gehülfin der Hausfrau einer anständigen Familie. Dofferten, frankirt und bezeichnet mit C. W. A., werden von der Expedition des Couriers befördert.

Ein Commis, Detaillist, findet **sofort** hier eine Stelle. Näheres auf fr. Briefe unter F. D. in der Expedition des Cour.

Ein bis zwei Seher finden Beschäftigung in der Volksbuchdruckerei zu Torgau und mögen sofort hier herreisen.
 Körting & Schienert,
 Volksbuchdruckerei.

Saamen-Verkauf.

Neuen rothen Klee, Luzerne, sowie 109 und 114 u schwere Anargerste, von 1848 gerndtet, offerirt billigst
 Rumpin. A. Kühn.

Weißer Sand

ist zu haben auf dem Rittergute Morl.

Die Stelle eines Brauers in Sandersleben ist besetzt.

Der zum 6. d. M. anberaumte Termin zum Verkauf des Reif'schen Gutes in Nienberg ist aufgehoben.

Die geehrten Mitglieder der **St. Moritzgemeinde** werden ergebenst zu einer wichtigen Besprechung der kirchlichen Angelegenheiten künftigen **Montag**, den 5. März, Abends 7 1/2 Uhr in dem goldenen Pfug eingeladen und um zahlreiche Theilnahme ersucht.

Die Beauftragten:
 Ernst Becker. F. Kögel. J. F. Weber. F. F. Finger. K. Knauth.

Eine Bäckerei, an der vorzüglichsten Lage nahe am Markte, ist zu verpachten und kann gleich bezogen werden. Das Nähere ertheilt der Secretär Kleist in Halle, gr. Klausstr. Nr. 896.

Holländische Speckbücklinge, à St. 6 und 8 Pf., **Kappelsche Bücklinge**, à St. 4—6 Pf.
 C. Kramm.

2 G. Wolle, 10 G. weißer Kleesaamen von 1848, 1 Schock Pflaumenbäume, 1/2 Schock Reineklenden von einer vorzüglichen Sorte, 20 Stück Aepfel- und Birnböten, 1/2 Schock Ostheimer Kirschbäume und Wausaamen sind zu haben bei dem Dekonom Leberecht Sernau in Brehna.

Rittergüter

werden 3 in der Provinz Sachsen zu kaufen gesucht, als: zu 20 bis 30,000 Rthl., 50 bis 90,000 Rthl. und 100 bis 200,000 Rthl.
 A. Kuckenburg, Nr. 285.

Berlin. — Dekonomie-Administratoren, Wirthschafis-Inpektoren, Forst- und Domainenbeamte, Rentmeister, Sekretaire, Hauslehrer, Braumeister, Fabrik-Aufscher, Pharmazeuten, Buchhalter u. Handlung-Commis für Banquiers, Comptoir-, Fabrik-, Manufaktur-, Schnitt-, Material-, Reise- und sonstige Geschäfte können sehr gute und dauernde, mit hohem Gehalt verbundene Stellen erhalten, und wollen sich baldigst brieflich wenden an die Agentur des Apothekers Schulz in Berlin, Alexanderstr. Nr. 63.

Saamen-Verkauf.

Neuen rothen und weißen Klee-, franz. und deutschen Luzern-, sowie Esparsett- und Halberst. Turnipssaamen, halte zur gefälligen Abnahme bestens empfohlen.
 Gröbzig. A. Th. Jüngling.

Besten weißen veredelten **Zucker-Runkel-Rüben-Saamen**, für dessen Rechtheit und Keimfähigkeit garantirt wird, offerirt billigst
 A. Th. Jüngling.

Versammlung

der hiesigen Schuhmacher-Meister heute Nachmittag 3 1/2 Uhr auf dem Kühlenbrunnen.

Heute, Sonntag den 4. März
Militair-Concert
 im Thüringer Eisenbahnhofs-Saale. Anfang 3 1/2 Uhr. Buchbinder, Musikstr.

Stadt-Theater in Halle.
 Sonntag den 4. März. Zum Erstenmale: **Breite Straße und schmale Gasse**, Original-Lustspiel in 5 Akten von Pallesen.
 Montag den 5. März: **Marie, die Tochter des Regiments**, komische Oper in 2 Akten von Donizetti.

Am Grabe unserer so früh verlornen Schwester und Schwägerin, der Frau Juliane Henriette Hoppe geb. Pfautsch.

Also mußttest schon Du scheiden,
 Theure, die so manches Jahr
 Wie in Freuden, so in Leiden
 Treu mit uns verbunden war!
 Schon ist Dir genah die Stunde,
 Wo der Geist sich frei erhebt
 Und vom dunkeln Erdengrunde
 In den lichten Himmel schwebt.

An dem Grabe stehn und trauern
 Wir mit thränenvollem Blick;
 Aber aus des Todes Schauern
 Ruft kein Kummer Dich zurück.
 Nicht mehr wirst Du mit uns wallen
 Durch des Lebens Lust und Schmerz
 Und nur in Erinnerung fallen
 Wir noch einmal Dir an's Herz.

Schlummre sanft den süßen Schlummer,
 Den das stille Grab Dir beut,
 Frei von Schmerz, von allem Kummer
 Reiffst Du für die Ewigkeit.
 Von der Scholle losgebunden
 Gilttest Du zum höhern Licht. . .
 Schlummre sanft, Du bist entschunden,
 Aber unserm Herzen nicht!
 Leipzig, den 2. März 1849.



Deutschland.

Berlin, d. 27. Febr. [Verhandlungen der II. Kammer.] Der Alterspräsident Lensing führte den Vorsitz. Die Linke desavouirte von vornherein den gestrigen Antrag Unruh's, indem sie (mit vorgeschobenen wenig bekannten Namen, Münzberg, Heitemann, Görz-Brisberg) den neuen Antrag stellte: die Geschäftsordnung der aufgelösten Nationalversammlung in ihrer letzten Fassung ohne Weiteres anzunehmen.

Alles, was gestern von dieser Seite gegen den Antrag Viebahn's vorgebracht war und manches noch weit Triftigere sprach dagegen. Wenigen Mitgliedern war jenes Reglement bekannter, als gestern der Linken der Entwurf von Viebahn. Außerdem enthielt die Geschäftsordnung der Nationalversammlung eben in dieser letzten Fassung nichts über die Constituirung; ja, berechnet auf eine fast doppelt so zahlreiche Versammlung, ohne Rücksicht auf das jetzige Zweikammer-System, erschien sie vollkommen unpassend für die ganz veränderten Verhältnisse; selbst wenn man (wogegen wir uns verwahren) so begeistert über ihre Vorzüge in Betreff der Interpellationen, der Dringlichkeitsanträge, der namentlichen Abstimmungen u. s. w. sein sollte, wie die Linke sich zeigte, man doch diese reaktionäre Bestrebung, uns jenes parlamentarische Flügelkleid anzupassen, nur mit Rathlosigkeit zu entschuldigen. Die Redner der Rechten, Kleist-Reekow, Viebahn, Riedel, Martens, Graf Arnim, hoben die schwachen Seiten der Gegenpartei treffend hervor. In der That, was man sonst an der Rechten zu mißbilligen gewohnt war, erschien heute so kraß wie möglich auf Seite der Linken, dagegen, was sonst auch Widersacher an der Linken zu rühmen pflegten, läßt sich in vollem Maaß von der heutigen Rechten behaupten. Ihre Redner waren schlagfertig, und obwohl gleich der erste, Hr. v. Kleist, die Sache ziemlich erschöpfte und was noch zu fehlen schien Hr. v. Viebahn hinzufügte, so fesselten doch die beredten Worte des Hrn. Riedel und des Grafen Arnim die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses. Es war ein dürerer Gegenstand, und wenn wir Bucher's pikante Rede ausnehmen, so trug die Linke mit den Reversen der Herren Münzberg und Heitemeier und der Apostrophe des Hrn. Temme nicht sonderlich dazu bei, die Verhandlung, welche sie verursacht hatte, zu beleben. Dennoch machte die ganze Debatte den Eindruck, welcher von demjenigen der Verhandlungen der Nationalversammlung, wie sie gemeinhin waren, in wohlthuernder Art abweicht.

Der Abgeordnete Riedel wandte sich mit Erfolg gegen den Antrag Unruh's; alle Mängel, die gestern der Abgeordnete v. Kirchmann an dem Entwurf von Viebahn u. Conf. auszustellen hatte, wollte er zugeben, doch es gebe kein Reglement, welches nicht besser wäre, als der Antrag Unruh's herbeiführen wolle; auch ein schlechtes Reglement sei annehmbar, um aus dem Reich der Willkür nur überhaupt zur Ordnung zu gelangen. Es war charakteristisch genug, daß die Mitglieder der Linken der ihnen nicht zusagenden Ordnung die Ordnungslosigkeit vorziehen wollten. Unmittelbar nachdem Riedel unter lebhaftem Beifall der Mehrheit geschlossen, bat Hr. v. Unruh um das Wort. Er erhielt es später; mußte er auch gegen die Argumente seines Gegners wenig Zutreffendes vorzubringen, so weckte doch die Tendenz seiner Rede allgemeine Theilnahme. Er versicherte, sein Antrag habe nicht bezweckt, eine Opposition zwischen beiden Seiten des Hauses herbeizuführen. Er erinnerte, daß, als zu Frankfurt die von drei Mitgliedern entworfene Geschäftsordnung ohne Weiteres angenommen wurde, damals das ganze Parlament nur Eine Partei zu sein schien, und wünschte zum Schluß, auch hier möchte solche Zeit bald wiederkehren.

Lebhafter Beifall auf Seite der Rechten (nicht auf der Linken) bekräftigte diese Worte. Graf Arnim, obwohl der neunte Redner, konnte doch die offenkundige Thatsache aussprechen, daß auch nicht Einer der oben angedeuteten Gründe von sämmtlichen Rednern der Linken in Angriff genommen, vielweniger widerlegt worden sei. Gegen den Einwand der Unbilligkeit, daß zur Ausarbeitung der vorgeschlagenen Geschäftsordnung nicht auch Mitglieder der Linken zugezogen worden, erwiderte Graf Arnim, daß seine politischen Freunde billigerweise von der Linken nicht hätten annehmen können, dieselbe würde so gleichgültig und unthätig sich verhalten, um nicht ihrerseits gleichfalls eine Geschäftsordnung vorzubereiten; dann wäre es jedenfalls unentschieden gewesen, von wem der erste Schritt zur Annäherung gethan werden sollte; gewiß hätte die Kammer von den beiden Entwürfen den besten genehmigt; jetzt dagegen, wo die Linke nichts vorgearbeitet habe, sondern nur mit einer für ganz andere Verhältnisse passenden Geschäftsordnung entgegengekommen sei, wäre es wohl billig, der Rechten ihre Wirksamkeit für den Zweck nicht vorzuwerfen. — Als Inzidenzpunkte kamen im Laufe der Verhandlungen die ministerielle Frage und die Zuneigung der Linken zur deutschen Reichsversammlung ins Gerede. Schon der erste Redner der Linken, Hr. Münzberg, dem seine Partei beim besten Willen doch keinen Beifall zollte, erwähnte des Umstands, daß das Ministerium keine Geschäftsordnung der Kammer vorgelegt habe. Der Minister des Innern Hr. v. Manteuffel erhob sich und äußerte: Das Ministerium scheue nicht, über alle Handlungen und Unterlassungen Rechenschaft zu geben, doch scheine der Augenblick erst dann gekommen, wenn die Kammer sich konstituiert habe. In Betreff der Geschäftsordnung, wolle er indessen an die Verfassungs-urkunde erinnern, wonach jeder Kammer das Recht zustehe, sich selbst ein Reglement zu geben; das Ministerium habe daher nicht vorgreifen wollen. Im ferneren Verlauf machte Bucher einige Anspielungen auf das Ministerium und die Verfassung; die vorgeschlagene Geschäftsordnung verhalte sich zur freien Regung der Debatte, wie die octroyirte Verfassung zur Freiheit des Volks, doch während die letztere die Herrschaft der Minorität begründe, so werde durch die erstere die Minorität erdrückt; der Redner wollte zwar nicht wissen, ob das Ministerium bei der Rechten Unterstützung finden würde; doch erwähnte er der „Gewaltthaten“ des jetzigen Cabinets. Hierauf entgegnete Hr. v. Manteuffel, daß er wiederhole, es möchten doch die Angriffe auf das Ministerium ausgefegt werden, bis nach Konstituirung der Kammer; gegen das was eben hingeworfen sei, erhebe er einfachen Protest. Diese Worte wurden mit lautem Beifall aufgenommen. — Ueber die deutsche Reichsversammlung äußerte Temme, bekanntlich selbst ein neu gewähltes Mitglied derselben, im Vergleich zu der aufgelösten Preussischen Versammlung, die letztere werde nach Jahresfrist vielleicht höher stehen, als eine andere National-Versammlung! Der Abgeordnete Bucher meinte bei Erwähnung der Dringlichkeitsanträge, die zweite Kammer werde nicht gut thun, sich, worauf das Gebäude berechnet scheine, so ganz fern vom Geräusch der Welt zu halten: Eine andere große Versammlung habe gezeigt, wohin das führte, wenn beliebt wird über der Weltgeschichte zur Tagesordnung überzugehen! Wir sehen, wie wenig die Linke vergessen hat, wessen die deutsche Sache sich von dieser Opposition versehen darf und wie noth es thut, daß die Rechte die Sache der deutschen Reichsversammlung mit Eintracht und Entschlossenheit aufrecht halte.

Die Sitzung selbst unterstützte den Antrag der Rechten; Herr von Vincke, der sich zur Geschäftsordnung das Wort er-

beten hatte, um eine Behauptung des Herrn Grebel zu unterstützen, konnte nicht verhindern, daß Hr. Grebel gleichzeitig mit ihm von der Rednerbühne Besitz ergriff und ihm das Recht zur Geschäftsordnung zu reden streitig machte.

Der Antrag auf Schluß der Debatte des Grafen Schwerin und andern Mitgliedern der Rechten gestellt, wurde fast einstimmig angenommen; nur wenige Mitgliedern der äußersten Linken stimmten dagegen. Hr. von Berg trug auf Theilung der Frage an; die ganze Rechte stimmte dafür.

Von der Linken kam jetzt der höchst sachgemäße Antrag, auf namentliche Abstimmung, durch welche denn Hr. Morik bewirkt hat, daß das ganze Land erfährt, welche Mitglieder für die parlamentarische Anarchie gestimmt haben. Der von der Rechten eingebrachte Entwurf wurde mit 169 gegen 148 Stimmen angenommen. Hier erhob sich gleich der Zweifel, wie viel Stimmen zur Unterstützung der namentlichen Abstimmung nöthig wären, wenn keine Geschäftsordnung besteht. Hr. von Berg's Beredsamkeit strengte sich zum Besten der namentlichen Abstimmung vergebens an; fast alle Mitglieder der Rechten waren des Formenstreits müde und um allem Zweifel ein Ende zu machen, erhob sich die ganze Rechte für die namentliche Abstimmung. Der erste Theil des Viebahn'schen Antrags wurde nun einstimmig angenommen; bei dem zweiten Theil stimmten mit nein, also gegen Adoption der provisorischen Geschäftsordnung, Arnk, Berg, Bucher, Bleibtreu, Däne, Dierschke, Graf Görk, Jacoby, Hildenhagen, Libelt, Morik, Mothaby, Nutray, Rostiz, Parrisius, Phillips, Pilet, Robbertus, Schneider, de Syo, Temme, Unruh, Waldeck, Wolheim, Zorn, Zunderer u. s. w., im Ganzen 148; für den Antrag: Aldenhoven, Bismark, Bodelschwingh, Auerswald, Camphausen, Dohna, Fubel, Grabow, Grodeck, Griesheim, Harfort, Hagfeld, Heydt, Hompesch, Keller, Manteuffel, Martens, Möcke, Müllensiefen, Müller (Siegen), Osterrath, Ostermann, Saltwedell, Scheidt, Schwerin, Urlich, Ulrich, Winke, Zietzen u. s. w. im Ganzen 169 Mitglieder. Die von der Rechten vorgeschlagene Geschäftsordnung ist also provisorisch angenommen; bei der ersten entscheidenden Verhandlung hat unsere Partei mit 21 Stimmen Majorität den Sieg davon getragen.

Berlin, d. 3. März. Se. Maj. der König haben erlucht: Dem russisch-polnischen Grenz-Controleur Hippolyt Nidecki zu Dobrzyn die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Für den Fall eines mit Dänemark ausbrechenden Krieges wird ein preussisches Observationscorps, 20,000 M. stark, an an der mecklenburger Grenze aufgestellt werden und sein Hauptquartier in Perleberg nehmen. Zum Schutze der Herzogthümer Schleswig-Holstein selbst wird aber diesmal zuerst eine Reichsarmee aus Truppen der kleineren norddeutschen Fürsten einrücken.

Stuttgart, d. 27. Febr. In der gestrigen Sitzung der Kammer der Standesherrn ward über folgenden Antrag des Grafen v. Pückler-Limburg: „Die Kammer der Standesherrn wolle sich im gegenwärtigen höchst wichtigen Zeitpunkt über die Frage von der künftigen Gestaltung Deutschlands aussprechen und zu Protokoll erklären: 1) daß sie die Beibehaltung Oesterreichs im deutschen Reichsverband als unumgänglich nothwendig für die Wohlfahrt, Einigung und Kräftigung Deutschlands erachte, und jede Art der Ausscheidung jenes Staats als eine unheilvolle Zerstückelung des deutschen Vaterlandes betrachte, 2) daß sie nur in einer freien Vereinbarung der Nationalversammlung mit den deutschen Fürsten über die künftige deutsche Reichsverfassung eine sichere Bürgschaft für den rechtlichen Bestand derselben erkennen könne,“ Bericht erstattet. Derselbe sieht in dem Bundesstaate die einzig zeitgemäße Form für Deutschlands Verfassung, würde aber für

Süddeutschland insbesondere eine Ausscheidung Oesterreichs als ein Nationalunglück ansehen; ebenso befreitet er der Nationalversammlung die Vollmacht, das Verfassungswerk einseitig zu vollenden. Bei der namentlichen Abstimmung trat die Kammer dem Antrag einstimmig bei, besonders entschieden Herzog Paul von Württemberg, Graf v. Schaesberg-Thannheim, Graf v. Quadt-Isny, welcher Letztere schloß: Ohne Oesterreich kein Deutschland, keine deutsche Geschichte ohne Oesterreich. Graf v. Quadt beantragte, das Protokoll der Sitzung dem Präsidium der Nationalversammlung mitzutheilen, Graf v. Schaesberg trat ihm aber entgegen, und so wurde der Antrag, der keine Unterstützung fand, zurückgezogen.

Karlsruhe, d. 26. Febr. Nachdem die Machinationen unserer Rothen in Bezug auf die Kammer-Auflösung durch die entschiedene Haltung der zweiten Kammer gänzlich zu Schanden geworden sind, wird nun zu einem anderen Mittel gegriffen, um doch die Bewegung in den untersten Schichten der Bevölkerung noch einiger Maßen zu erhalten. Getreue Emissäre durchwandern jetzt das Land und lassen neue Eingaben an die zweite Kammer fertigen, worin man erklärt, daß die Kammer unfähig sei, das Volk länger zu vertreten; worin man gegen die ferneren Beschlüsse der Stände Verwahrung einlegt, und sogar droht, die Mitglieder später zur Verantwortung ziehen zu wollen. Die sogenannte demokratische Presse unterstützt dann auf alle mögliche Weise solche Eingaben und führt dabei eine solche Sprache, wie man sie nur in den Cloaken der menschlichen Gesellschaft bisher vernommen hatte. Insbesondere sind es die Abgeordneten des linken Centrums, welche mit der schärfsten Lauge übergossen werden; Mitglieder der Rechten, welche früher die dienstwilligsten Werkzeuge der Reaktion waren, finden dagegen häufig Lobes-Erhebungen. Führen zwar alle derartigen Uebertreibungen das Gegengift mit sich; wendet sich auch derjenige, welcher nur noch einen Funken von Schamgefühl in sich trägt, von solchem Treiben ab, so giebt es doch leider noch eine ungebildete Masse, welche, einmal vom Weitztanze hingerissen, alles dasjenige begierig einschlürft, was ihre Exaltation zu erhöhen vermag. Wir hoffen zwar, daß die Zeit nicht fern ist, wo auch dieser Taumel vorübergeht und dann die Künste der Hölle das schmähliche Verderben ihrer Urheber bewirken werden; allein immerhin ist es möglich, daß noch manche Ausbrüche des Wahnsinns erfolgen. Hieran möchte dann der bessere Theil des Volkes selbst eine große Schuld tragen, indem er keine hinlängliche Thatkraft zeigt, um den Wühlereien ein für allemal ein Ende zumachen; und neben dem Geseze und der Ordnung auch Handel und Wandel wieder herzustellen. Jetzt gilt es vor Allem, in zweierlei Beziehung kräftig aufzutreten, einmal der Anarchie offen entgegen zu treten und dann die nöthigen Opfer darzubringen, um dem Bedrängten, der arbeiten will, eine Existenz zu gewähren. Ob unsere vaterländischen Vereine, welche gegenwärtig eine große Thätigkeit entfalten, dies bewirken werden, möchten wir vorerst noch bezweifeln.

Wien, d. 28. Febr. Im Wahlbezirke Ganobitz (Steiermark) versammelten sich am 10. d. M. die Wahlmänner, um einen Abgeordneten für Frankfurt zu wählen. Es wurde einstimmig Kaiser Ferdinand als Deputirter und Erzherzog Johann zum Stellvertreter gewählt.

Beba, d. 15. Febr. Vorgestern früh bestürmten die Magyaren mit der ganzen hegediner Besatzung Sörig, steckten dasselbe in Brand, mußten aber dafür stark büßen, indem sie in bedeutender Zahl von den serbischen Truppen niedergeworfen wurden. Das von Knicsjanin geleitete Gesecht dauerte vom frühen Morgen bis zum Abend. Die Magyaren flohen hierauf in wilder Unordnung. Auf der Theiß und Marosch angelangt, brach die Eisdecke unter den

Flehenden, welche zur Hälfte unterliefen. — So eben erfahren wir, daß Knicsjanin die Vorstadt von Szegedin occupirt habe, und daß die magyarischen Horden bei Maria Theresiopel sich concentrirten, um daselbst eine Hauptschlacht zu liefern.

Italien.

Ein Schreiben aus Neapel vom 11. Febr. in den »Daily News« stellt einen Bruch zwischen Neapel und England in Aussicht. Der Ton des Briefwechsels zwischen Sir William Temple und dem Cabinette Ferdinand's soll in der letzten Zeit ein sehr gereizter gewesen sein. Es ist sehr möglich, daß Ferdinand sich auf Rußland verläßt, und man weiß, welche Stellung Lord Palmerston in der Frage der Donau-Fürstenthümer in letzter Zeit eingenommen hat. — Das Programm der neuen römischen Regierung lautet: »Die Republik ist ohne Blutvergießen aus der alten Ordnung der Dinge hervorgegangen, weil die Wohlfahrt Italiens ihr einziger Zweck ist. Die italienische Constituante ist deren Banner, der Unabhängigkeits-Krieg deren Zweck. Sie will die Finanzen auf ihren Normal-Zustand zurückführen, die Gesetzbücher verändern, die Freiheit der Municipalkörper organisiren, den socialen Fragen die gebührende Aufmerksamkeit widmen und das Eigenthum unter die Obhut des Staates stellen.«

Frankreich.

Paris, d. 26. Febr. Die heutige »Liberté« veröffentlicht das Manifest des bonapartistischen Central-Ausschusses an die Wähler von Paris und der Departements. Der Geist, in welchem dieser Ausschuss zu wirken gesonnen ist, geht am besten aus folgender Stelle des Manifestes hervor: »Nach der großen socialen Reform, welche das vorige Jahrhundert geschlossen und das gegenwärtige begonnen hat, hat Frankreich zwei Regierungsformen versucht und wieder aufgegeben: das System von Gottes Gnaden, trotz seiner Erinnerungen; die constitutionelle Monarchie, trotz ihrer materiellen Resultate. Das Kaiserthum allein ist nicht durch das Volk, sondern durch das Ausland untergegangen. So vielen politischen Wechselfällen hat Frankreich ein Ziel setzen wollen, indem es eine Verfassung annahm, welche jede Verbesserung und jeden Fortschritt zuläßt und, das Werk Aller, auf die Achtung jedes Einzelnen Anspruch hat.« Das Manifest schließt mit den Worten: »Es lebe die Verfassung! Es lebe Louis Napoleon Bonaparte!«

Behufs eventueller Vernichtung der rothen Republikaner geht man im Kriegsministerium mit der Schöpfung zweier neuer Ingenieur-Regimenter um, die sich ausschließlich mit Bekämpfung des Straßen- oder Barrikaden-Kriegs beschäftigen sollen. $\frac{1}{2}$ Regiment würde in Paris, $\frac{1}{2}$ in Vincennes, $\frac{1}{4}$ in Rouen, $\frac{1}{4}$ in Limoges, $\frac{1}{4}$ in Lyon und $\frac{1}{4}$ in St. Etienne garnisoniren.

Paris, d. 27. Febr. Nach dem »Moniteur du soir« haben der Präsident der Republik und die Mehrheit der Minister entschieden, daß die Gesandten der römischen Republik nicht amtlich empfangen werden sollen. In der National-Versammlung hieß es gestern, daß eine Einschreitung für den Papst beschlossen sei; als intervenirende Mächte nenne man Spanien, Portugal, Belgien, Piemont und Neapel.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, d. 22. Febr. Aus Reval wird gemeldet, daß den dortigen Hafen-Behörden die Weisung zugegangen, schleswig-holsteinische Schiffe nur unter dänischer Flagge zuzulassen.

Theater in Halle.

Montag, den 26. Febr. »Die Karlschüler«, Schauspiel in 5 Akt. von Laube. Allen Anfeindungen zum Trotz, mit denen von vielen Seiten her die Erzeugnisse der Laube'schen Muse hartnäckig verfalzt wurden, erregten »die Karlschüler« bei ihrem Erscheinen in den literarischen Kreisen bedeutendes Aufsehen und fanden solchen Anklang, daß nicht Wenige der Segner Laube's von nun an zu seiner Fahne schworen. In der That zeichnet sich dieses Stück durch treffliche Charakterzeichnung und wahrhaft drastisch wirkende Scenen aus und erklärt uns so den ungetheilten Beifall, mit dem auf allen Bühnen die Aufführung desselben aufgenommen wurde. Wenn es das hiesige Publikum nicht in dem Grade ansprach, so haben wir den Grund davon in der mangelhaften Darstellung der Hauptrolle (Fr. Schiller) zu suchen, durch die Herr Knorr grade kein redendes Zeugnis von seinem Künstleruhm ablegte. Schon die Maske war wenig im Stande, die Erinnerung an unsern großen Dichter in uns zu erwecken, und statt uns einen von Begeisterung durchglühnten Jüngling darzustellen, der die hemmenden Fesseln zu zerbrechen ringt, gab er seinem Spiele nicht selten einen Anflug von Sentimentalität. Mit einem Worte: Es war kein poetisches Gebilde. — Den Herzog Karl gab Hr. Dir. Bredow brav und tüchtig und gewiß würde er noch größere Wirkung hervorbringen, wenn sein Organ für diese wie ähnliche Rollen geeigneter wäre. — Das Spiel des Fr. Franke (Gräfin Franziska v. Hohenheim) war lobenswerth und übertraf alle ihre früheren Leistungen. Jeder, der die theatralischen Anfänge des Fr. F. kennt, muß sich über ihre sichtlichen Fortschritte freuen, und wird darin einstimmen, wenn wir ihr das Prognostikon einer rühmlichen Künstlerlaufbahn stellen. Nur muß sie sich hüten, in das Monotone zu fallen, ein Fehler, dem durch mehr Wärme und Lebendigkeit leicht vorzubeugen ist. Fr. Kossel (Laura) leidet dagegen an einem Fehler, der vielen andern Schauspielern zu wünschen wäre: sie lernt zu fleißig. Daher kommt es denn, daß ihr die Worte mit einer Hast und Geschwindigkeit von den Lippen fließen, als ob sie eine Seelenangst auszustoßen hätte, bevor die letzte Silbe ihrer Rolle vom Herzen herunter gesprochen ist. Sie redet sich ganz außer Athem und vergift darüber ganz und gar das Spiel. Aus dem Grunde ist sie sich in allen Rollen gleich und man kann schon vorher den Eindruck berechnen, den ihre Erscheinung nach sich ziehen muß.

Mittwoch, den 28. Febr. »Zwei Tage aus dem Leben eines Fürsten«, Original-Lustspiel in 4 Akt. v. Deinhardstein. Die zweite Aufführung dieses Stückes war, sowohl was das Ensemble-Spiel als die Darstellung der einzelnen Rollen betrifft, ebenso gelungen zu nennen, als schon bei der ersten jeder rühmend anzuerkennen gezwungen war. Namentlich müssen wir den gegen Hrn. Knorr oben ausgesprochenen Tadel in unbefangenes Lob verwandeln, indem ihm durch sein geniales Spiel als W. Fürst die Palme des Abends zukommt.

Hierauf folgte das bekannte komische Wiederpiel »Sieben Mädchen in Uniform« von Angely. — Es gab eine Zeit, und sie ist noch nicht gar lange her, wo kein Stück eine größere Anziehungskraft auf das Publikum, als dieses, ausübte; Alle drängten sich, zuerst die geheimnißvollen Stätten des Tempels Thalias zu betreten, und Niemand, selbst der grämlichste Hypochonder, ging unbefriedigt fort. Es war ein Rassenstück. Auch hier erregte die kräftige Komik, aus deren Späßen freilich oft der Satyr schelmisch hervorschaut, die Lachmuskeln der nicht sehr zahlreich versammelten Zuschauer. Vorzüglich glänzte Hr. Köppe als Briquet (Commandant einer verfallenen Festung), der sich jedoch zu sehr forcirte und bei decenten Ohren Anstoß erregen mußte. Fr. Wigner nahm sich als Corporal mit ihrem entschiedenem und determinirten Wesen höchst ergötzlich aus. — Leider war Fr. Henning (Sophie) heiser, spielte indeß mit eben solcher Liebenswürdigkeit und Naivität, wie wir stets an ihr gewohnt sind. Wir hätten aber dem unter der Schiffe »N« verkappten Baueleven S. mehr Urtheilskraft zugetraut, als daß er diese Tugenden mit Koketterie für identisch halten konnte, ein Verstoß gegen die Aesthetik, die man kaum einem Elementar-Schüler verzeihen darf. Hoffentlich wird sich Fr. Henning durch sein Urtheil nicht abhalten lassen, sich ihre Unbefangtheit auch bei ihren späteren Rollen zu bewahren. Das Spiel der übrigen Darsteller war, mit Ausnahme des Hr. Sachtmann, der viel zu fleißig war, durchweg gut. D. D.

Bekanntmachungen.

So eben erschien bei F. A. Brockhaus in Leipzig und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Der Staat, die Kirche und die Schule.

Ein Votum zunächst über die Zukunft der evangelisch-lutherischen Kirche und der Volksschule im Königreiche Sachsen. Von Dr. C. W. Meißner, Geh. Kirchen- und Schulrath.
Gr. 8. Geh. 16 Ngr.

Kappelsche Büchlinge, schön und billig, empfiehlt

Bolke.

Die zweite Sendung
großer dunkelrother Mess. Apfelsinen ist angekommen und stelle ich wie bekannt die billigsten Preise.

Tüll's und Tarletan's,
glatt und broch., bis 5 Ellen breit, in allen Farben bei **Händler.**

Schleier
in allen Sorten, auch echt und in allen Farben u. Größen bei **Händler.**

Sammet-Kragen
in allen Größen neuester Façon bei **Händler.**

In Berthen
das Neueste bei **Händler.**

Feine Mecklenburger Butter,
à 4 7/8 *l* und 6 1/2 *l*, bei Abnahme von 6 *l* ab billiger, empfing in bester freischer Waare **Carl Kramm.**

Um vielfach an uns ergangene Anfragen zu erledigen, haben wir uns entschlossen, für den März ein monatliches Abonnement zum Betrage von fünf Silbergroschen für Hiesige zu eröffnen. Die Berliner Kammer-Verhandlungen liefern wir in der bisherigen Ausdehnung stets am nächstfolgenden Tage. Bestellungen werden angenommen in der Expedition, Bruno's Warte Nr. 511.
Die Redaction der »Neuen Halle'schen Zeitung«.

Im Verlage von George Westermann in Braunschweig ist erschienen und in Halle durch **Friedrich Heinze** (Schmeerstr. Nr. 704) zu beziehen:
Geschichte

der
Februar-Revolution
und des ersten Jahres
der französischen Republik von 1848.

Von Dr. F. E. Bamberg in Paris.

Das Ganze mit der neuen Constitution schließend, wird aus etwa zehn Lieferungen à 6 *l* bestehen, welche möglichst rasch aufeinander folgen. Die Ausstattung ist eine elegante. Drei schöne Portraits von **Cavaignac, Lamartine** und **Louis Blanc** erhalten die Subscribenten gratis mit der letzten Lieferung. Das Portrait Cavaignac's, sowie ausführliche Prospekte und die bereits fertigen Lieferungen 1 bis 5 liegen in oben genannter Buchhandlung zur Ansicht aus.

So eben empfing eine direkte Sendung neuen wenig gesalzenen
Russischen Caviar
und empfehle solchen à Pfd. 1 Thlr. 10 Sgr., bei Abnahme von einigen Pfunden billiger.
Carl Kramm.

Ein junges Mädchen aus einer anständigen Familie sucht zum 1. April einen Dienst. Sie wird sich nicht scheuen, jeder häuslichen Arbeit zu unterziehen. Zu erfragen bei
F. Fehling zur Rheinischen Traube.

Wachs-Lichtbilder
in großer Auswahl, ganz ausgezeichnet schöne Exemplare, bei
Friedrich Heinze,
Schmeerstraße Nr. 704.

Holländischen Süßmilch-Käse,
à 4 *l*, im Ganzen bedeutend billiger, empfiehlt
Carl Kramm.

Fr. Lange, geprüfter und selbst an Brüchen leidender Bandagist, gr. Ulrichs-Str. Nr. 66, empfiehlt Bandagen jeder Art.

Zwei Pianoforte sind billig zu verkaufen
Steinstraße Nr. 173.

Familien-Nachrichten.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend 7 Uhr starb nach 12stündigem harten Kampfe mein guter Mann, unser Vater und Ernährer, der Böttchermester **Carl August Keller**, an der Cholera. Von 16 Kindern gingen ihm 10, davon im v. J. 4 allein, in die Ewigkeit voraus. Meine Lage ist schrecklich; nur mein Vertrauen auf Gott und gute Menschen kann meinen Schmerz in etwas lindern. Diese betäubende Anzeige widmen allen Verwandten, Freunden und Bekannten die Wittwe **Keller** mit ihren noch lebenden 6 unversorgten Kindern.

Todes-Anzeige.

(Verspätet.)

Am 25. Febr. früh 1 Uhr entschlief nach längerem Krankenlager unser Gatte, Vater und Schwiegervater, der Anspanner **Gotthilf Busch** zu Usendorf, im Alter von 58 1/2 Jahren sanft zu einem bessern Leben. Mit der Bitte um stille Theilnahme verbinden wir zugleich den herzlichsten Dank für die ergreifende, vom Herrn Pastor **Wolf** aus Schafstedt gehaltene Begräbnisrede, für die von Seiten des Kriegervereins erwiesenen Ehrenbezeugungen, den von der Schuljugend gebrachten Abendgesang und für die ehrende Begleitung hiesiger und auswärtiger Freunde und Bekannte.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Am 25. vorigen Monats entschlief nach Gottes unerforschlichem Rathschlusse zu einem bessern Leben unser innig geliebter Gatte, Vater, Bruder und Schwager, der Mühlenbesitzer **Gloger**, nach einem 3tägigen Krankenlager am Nervenschlage im 47. Lebensjahre. Seinen vielen Verwandten und Freunden widmen wir diese traurige Nachricht und sagen zugleich dem hiesigen Gesangsvereine und den Bürgern unserer Stadt, welche ihn durch die Begleitung an seine Gruft die letzte Ehre erwiesen und den edeln Jungfrauen, welche seinen Sarg mit Kränzen schmückten, unsern innigsten Dank, mit dem Wunsche: Gott möge Alle vor ähnlichen Schicksalen bewahren.

Schraplau, den 1. März 1849.

Wittwe **Gloger** geb. **Schulze**, nebst 7 Kindern,

Christian Gloger, als Bruder,
Heinrich, Andreas u. **Christoph Schulze**, als Schwäger.

Gebauersche Buchdruckerei.